

ANTRAG

der Abgeordneten Mag. Wilfing, Razborcan, Hintner und Thumpser

gemäß § 34 LGO

betreffend **Ausbau des P&R-Systems**

zum Antrag der Abgeordneten Königsberger u.a., LT-725/A-3/45

Im Land Niederösterreich wird seit dem Jahr 1978 der laufende bedarfsgerechte Ausbau des landesweiten Park&Ride-Systems vorangetrieben. Derzeit bietet dieses System in Niederösterreich flächendeckend und kostenlos rund 32.000 PKW-Stellplätze und 21.000 Rad-Stellplätze, die von den BenutzerInnen des Öffentlichen Verkehrs kostenlos genutzt werden können.

Das System beruht auf dem Grundsatz, entlang von Schienenstrecken aber auch von hochrangigen Buskorridoren bereits in den Herkunftsregionen der PendlerInnen ein umfassendes räumlich differenziertes Angebot an Park&Ride und Bike&Ride Stellplätzen zu schaffen. Damit ist gewährleistet, dass nur ein kurzer Weganteil im Individualverkehrsmittel bis zur nächsten P&R-Anlage zurückgelegt werden muss und der größte Teil des Weges mit dem Öffentlichen Verkehrsmittel bewältigt werden kann. Dies ist die kostengünstigste, verkehrssicherste, ressourcenschonendste sowie auch klima- und umweltfreundlichste Art und Weise, tägliche Wege abzuwickeln.

Die Nachfrage nach P&R-Stellplätzen in den Regionen ist jedoch vor allem hinsichtlich der Verkehrsrelation von Niederösterreich nach Wien stark davon abhängig, welche parkraumbeschränkende bzw. -bewirtschaftende Maßnahmen von der Gemeinde Wien im Straßenraum gesetzt werden. Die beiden bisher gesetzten Schritte der Parkraumbewirtschaftung in Wien - zuerst in der Inneren Stadt und dann innerhalb des Wr. Gürtels - haben gezeigt, dass für die niederösterreichischen Pendler nach

Wien zunehmend jene kostengünstigen und flächendeckenden Parkmöglichkeiten fehlen, die ihnen in Niederösterreich selbstverständlich zur Verfügung stehen.

Mit der derzeit in Wien diskutierten Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung grundsätzlich auch auf alle an den Wr. Gürtel angrenzenden Bezirke hätte dies eine noch ungünstigere Parksituation für die niederösterreichischen Pendler nach Wien zur Folge.

Daneben bestehen an vielen U-Bahnstationen Park&Ride Anlagen in Form von Parkgaragen. Diese stehen oftmals leer, da die Benützungsgebühren von den Pendler nicht akzeptiert werden. Beispielhaft seien die Park&Ride Anlagen an der U 1-Endstelle Leopoldau und U 1-Station Aderklaaer Straße angeführt. Gleichzeitig verschärft diese Problematik die Parkraumsituation, insbesondere auch für die Anrainer in der Umgebung dieser Park&Ride Anlagen. Hier scheint daher eine Behandlung dieses Themas, zweckmäßiger Weise auf der Ebene des Verkehrsverbund Ostregion, dringend geboten.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung ersucht, die Vertreter Niederösterreichs im Verkehrsverbund Ostregion zu ersuchen, mit den Vertretern von Wien und Burgenland das Modell der Gratis-Park&Ride Anlagen in Niederösterreich zu diskutieren und die Erfahrungen Niederösterreichs weiterzugeben mit dem Ziel eine positive Lösung für die niederösterreichischen Pendler zu finden.
2. Der Antrag der Abgeordneten Königsberger u.a., LT-725/A-3/45, wird durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO erledigt.“